

Gleichzeitig schlägt er vor, die TOP 8) und TOP 9) zu tauschen.

Anträge auf Änderung / Erweiterung der TO werden nicht gestellt, so dass BM Herr Hasenberg über die vorliegende TO unter Berücksichtigung der von ihm vorgeschlagenen Änderungen abstimmen lassen kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Vor der Sitzung wurden folgende Unterlagen verteilt :

1. Bericht zur Haushaltslage (zu TOP 3)
2. Ergänzungsliste zum Haushalt 2011 einschl. Erläuterungen
3. Niederschriften des
 - SBA vom 23.11.2010
 - AGSÖ vom 24.11.2010
 - SKA vom 30.11.2010
 - UVA vom 01.12.2010
 - SFA vom 02.12.2010
4. Vorab-Auszug aus der Niederschrift des JHA vom 25.11.2010

Bevor BM Herr Hasenberg den TOP 1) zur Beratung aufruft, gratuliert er RM Herrn Fröhning im Namen des Hauptausschusses zu seinem heutigen Geburtstag.

In der Zeit von 16.55 Uhr bis 17.20 Uhr wird eine Sitzungspause eingelegt.

Ende der Sitzung: 20.20 Uhr

Diese Niederschrift besteht aus 22 Seiten.

Frank Hasenberg
Bürgermeister

Pfitzner
Schriftführer

- H – 9 / 2. – 09.12.2010 -
Wahl des/der 2. stellvertretenden Vorsitzenden
Drucksache Nr. 82 / 10

AM Herr Dobersch schlägt namens der CDU-Fraktion Herrn Klaus-Peter Vohrmann zur Wahl zum 2. Stellvertretenden Vorsitzenden vor.

Weitere Wahlvorschläge werden nicht unterbreitet.

Abstimmungsergebnis : einstimmig

- H – 9 / 3. – 09.12.2010 -
Bericht zur Haushaltslage

FBL Herr Wagener berichtet zur Haushaltslage.

Sein Bericht liegt diesem TOP als Anlage bei.

- H – 9 / 4. – 09.12.2010 -

Sachstandsbericht zur Erstellung der Eröffnungsbilanz, zum Jahresabschluss 2008 und
zum Jahresabschluss 2009

Drucksache Nr. 83 / 10

FBL Herr Wagener beantwortet die Fragen der AM.

Die AM nehmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Eine Beschlussfassung erübrigt sich.

- H – 9 / 5. – 09.12.2010 -

Reduzierung des Pflegeaufwands für die Sportplätze und Schließung von Sportplätzen
Drucksache Nr. 80 / 10

Beschluss :

Es wird beschlossen, den Sportplatz Schmandbruch zeitnah aufzugeben und den Pflegeaufwand für die Tennenplätze entsprechend dem Haushaltssicherungskonzept zu reduzieren.

Abstimmungsergebnis :

dafür	13	Stimmen
dagegen	1	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

BM Herr Hasenberg verweist auf die Beschlusslage im SFA.

Während der Diskussion beantragt AM Frau Haltaufderheide für die GRÜNEN, dass „innerhalb des Hasikos die Maßnahme „Allgemeine Einsparungen im Sportbereich“ nur um die Hälfte der einzusparenden Summe reduziert werde. Die Stadt solle sich im 1. Halbjahr 2011 neu positionieren, mit dem Ziel, ab dem 2. Halbjahr zu einem neuen Ergebnis zu kommen.“

AM Frau Hülshoff erklärt, dass sich die FDP diesem Antrag anschließen werde.

AM Fiolka wiederholt den Antrag der SPD aus dem Sport- und Freizeitausschuss :

„Über die im Haushaltssicherungskonzept stehende Maßnahme Nr. 8 „Allgemeine Einsparungen im Sportbereich“ sollen Gespräche mit dem Stadtverband für Leibesübungen (SfL) aufgenommen werden, mit dem Ziel, eine allgemeine Einsparung im Sportbereich einvernehmlich zu erreichen.

Die geplante Einsparungsmaßnahme Nr. 8 für das Jahr 2011 wird ausgesetzt.“

BM Herr Hasenberg lässt nach Beendigung der Diskussion zunächst über den **Antrag der GRÜNEN** abstimmen :

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	4	Stimmen
	dagegen	10	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Abschließend wird über den **Antrag der SPD** abgestimmt :

Beschluss :

Über die im Haushaltssicherungskonzept stehende Maßnahme Nr. 8 „Allgemeine Einsparungen im Sportbereich“ sollen Gespräche mit dem Stadtverband für Leibesübungen (SfL) aufgenommen werden, mit dem Ziel, eine allgemeine Einsparung im Sportbereich einvernehmlich zu erreichen.

Die geplante Einsparungsmaßnahme Nr. 8 für das Jahr 2011 wird ausgesetzt.

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	10	Stimmen
	dagegen	4	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

- H – 9 / 7. – 09.12.2010 –

Reduzierung der Zweckverbandsumlage für die Volkshochschule Witten-Wetter-Herdecke
Drucksache Nr. 81 / 10

Dieser TOP wurde zuvor von der Verwaltung zurückgezogen und von der TO abgesetzt.

- H – 9 / 8. – 09.12.2010 – (zuvor TOP 9)

Haushaltssatzung und Stellenplan 2011, Haushaltssicherungskonzept 2011 –2014

(Fortschreibung)

Drucksache Nr. 51 / 10

BM Herr Hasenberg verweist auf die Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse und auf die von der Verwaltung vorgelegte Ergänzungsliste zum Haushalt 2011.

Anschließend ruft er den **Haushalt 2011** zur Beratung auf.

Die GRÜNEN beantragen, dass für die „Folgelasten Deutsche Einheit“ (Seite 28) eine Rückstellung bilanziert werden müsse und in den Haushalt einzubringen sei.

FBL Herr Wagener erklärt, dass die Verwaltung nach rechtlicher Würdigung der Meinung sei, dass keine Rückstellung gebildet werden müsse.

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	2	Stimmen
	dagegen	12	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen, dass für die „Rückzahlung der Wohngeldersparnis“ (Seite 38) ebenfalls eine Rückstellung gebildet werden müsse.

FBL Herr Wagener erklärt, dass die Verwaltung dieses im Rahmen der Jahresabschlüsse 2008/2009 prüfen und - wenn notwendig - eine Rückstellung einbringen werde.

Eine Abstimmung über den Antrag erfolgt nicht.

Zu den Fragen der GRÜNEN,

- ob eine besondere Ausweisung der Eigenanteile aus dem Konjunkturpaket II Mitteln notwendig sei (z.B. GGS Esborn) und
- ob die aktivierten Eigenleistungen nicht im leistenden Produkt zu veranschlagen seien (z.B. FW Volmarstein),

erklärt FBL Herr Wagener, dass die Verwaltung bis zur Sitzung des Rates prüfen werde, ob und in welchen Fällen aktivierte Eigenleistungen veranschlagt werden müssen.

Die Eigenanteile werden ab 2012 von der Investitionspauschale subtrahiert.

Die GRÜNEN beantragen, dass alle Beträge bei dem Produkt 01.08.01, die Maßnahmen des „Sunderweges“ und den Bereich „An der Borg“ betreffen, gestrichen werden sollen.

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	3	Stimmen
	dagegen	11	Stimmen
		-	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zum Produkt 02.04.01 „Feuerschutz“, dass die Gebührensatzung der Feuerwehr in 2011 überarbeitet werden solle, um die Erträge, z. B. für kostenpflichtige Einsätze, zu erhöhen. Es sollte eine Anhebung um 2.500 € auf 10.000 € vorgesehen werden. AM Herr Uebelgünn regt an, zu überdenken, ob diese Erlöse nicht direkt der Feuerwehr zu Gute kommen können (evtl. Budgetierung).

BM Herr Hasenberg schlägt vor, das Thema noch nicht haushaltsmäßig festzulegen. Das Thema sollte 2011 durch den AGSÖ aufgegriffen und beraten werden.

Die GRÜNEN erklären sich mit dieser Vorgehensweise einverstanden.

Die GRÜNEN beantragen, für den Bereich Wengern / Esborn eine gemeinsame Feuerwache (Seite 184) einzurichten.

FBL´in Frau Wiese verweist auf die Diskussion im AGSÖ. Hier habe die Verwaltung erklärt, dass noch einmal der Neubau einer gemeinsamen Wache Wengern / Esborn im Rahmen des AGSÖ-Auftrages vom 21.04.2010 mit behandelt werde.

Die GRÜNEN ziehen darauf hin ihren Antrag zurück.

Auf die Frage der GRÜNEN zu den „aktivierten Eigenleistungen“ bei der GGS Volmarstein (Seite 210) - Produkt 03.01.04 - und bei der „Realschule“ (Seite 235) - Produkt 03.01.09 - erklärt FBL Herr Wagener, dass er dieses bis zur Sitzung des Rates klären werde.

Die FDP beantragt bezüglich der Schließung von Grundschulen, zunächst einen kleinen Arbeitskreis einzurichten, der für den Schul- und Kulturausschuss Vorberatungen durchführt. Nach Diskussion zieht AM Frau Hülshoff für die FDP den Antrag zurück; sie bittet jedoch, diesen als Protokollnotiz dem Protokoll beizufügen (siehe Anlage zu diesem TOP).

Die GRÜNEN erklären, dass sie die bilanziellen Abschreibungen bei Produkt 04.03.03 „Medien und Information“ für zu niedrig halten.

FBL Herr Wagener erklärt, die Angelegenheit bis zur Sitzung des Rates zu klären.

Die GRÜNEN beantragen, die bei Produkt 05.03.03 „Beiräte und Integrationsrat“ eingebrachten Mittel dem Produkt 01.01.01 „Rat und Ausschüsse“ zuzuordnen. Gleichzeitig solle die Deckungsfähigkeit aufgehoben werden, damit für jeden Beirat genau ersichtlich sei, was ihm zur Verfügung stehe.

FBL´in Frau Wiese teilt mit, dass alle Beiräte über die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel informiert seien; um eine Flexibilität untereinander zu wahren, sollte die Deckungsfähigkeit beibehalten werden. Sie schlägt vor, dass sich die Beiräte in 2011 bei den Haushaltsplanberatungen 2012 mit diesem Thema befassen. FBL Herr Wagener ergänzt, dass in die Erläuterungen eine Übersicht über die den Beiräten zugeordneten Ansätzen aufgenommen werde.

Die GRÜNEN ziehen den Antrag zurück.

Die SPD beantragt, bei dem Produkt 06.01.01 „Tageseinrichtungen für Kinder“ 10.000 € als Zuschuss für die Dachsanierung des AWO-Kindergartens in Wengern einzubringen.

Auf Befragen erklärt FBL Herr Wagener, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung handele, die eine entsprechende Deckung durch Kürzung einer anderen freiwilligen Leistung erfordere.

Die SPD erklärt, dass eine Einsparung durch den Verzicht auf ein „professionelles Klimaschutzkonzept“ gegeben sei. Dieses werde später beantragt.

Abstimmungsergebnis :

dafür	13	Stimmen
dagegen	-	Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Die SPD beantragt, bei dem Produkt 08.02.02 „Sportgebäude und Sportlerheime“ maximal 10.000 € als Zuschuss für den Schützenverein Wengern einzubringen. Um den Betrieb des Vereins aufrecht zu erhalten, sei u.a. die Belüftungsanlage kostspielig zu sanieren. Während der Diskussion erklärt die SPD, dass man zunächst die Fördermittel des SfL und des Kreissportbundes abwarten möge, um den genauen Zuschuss ermitteln zu können. Ebenso könnte der Ansatz mit einem Sperrvermerk versehen werden, über dessen Freigabe der Fachausschuss entscheiden solle.

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	13	Stimmen
	dagegen	-	Stimmen
		1	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen, bei Produkt 08.02.01 für den „Sportplatz Wengern“ eine Rückstellung zu bilden.
FBL Herr Wagener erklärt, dass es sich hier um eine wertverbessernde (investive) Maßnahme handele, bei der keine Rückstellung erforderlich sei.
BM Herr Hasenberg ergänzt, dass sich der SFA im nächsten Jahr mit diesem Thema für 2012 befassen müsse.

Die GRÜNEN verzichten auf eine Abstimmung.

Auf die Frage der GRÜNEN, warum bei dem Produkt 08.03.03 „Lehrschwimmbecken“ (Zeile 14) die bilanzierten Abschreibungen 2011 höher als 2010 seien, erklärt FBL Herr Wagener, dass die Verwaltung dieses bis zur Sitzung des Rates prüfen werde.

Die GRÜNEN beantragen, bei Produkt 12.01.01 (Seite 482) „Erweiterung Straßenbeleuchtung“ Kosten für die Beleuchtung der Ruhrbrücke einzustellen.
FBL Herr Sell erklärt, dass es ihm heute nicht möglich sei, diese Kosten zu beziffern, zumal nicht bekannt ist, was genau gewollt sei. Er schlägt vor, die Inbetriebnahme der Brücke abzuwarten; man solle sich im Fachausschuss im kommenden Jahr mit der Thematik befassen und eine Entscheidung herbeiführen.
Die GRÜNEN erklären sich mit der Vorgehensweise einverstanden und ziehen den Antrag zurück.

Die GRÜNEN sprechen das Thema „Parkhaus Bahnhof“ und die daraus resultierenden privatrechtlichen Entgelte an. Während der Diskussion wird einvernehmlich vereinbart, dass zunächst nur 26 Stellplätze vermietet werden sollen.

Die UWW beantragt, für den „Bürgerbus“ eine Förderung, die nicht genau beziffert wird, einzubringen. FBL Herr Wagener weist darauf hin, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung handele, die dauerhaft erbracht werden solle.
BM Herr Hasenberg erklärt, dass, bevor eine Entscheidung über eine Bezuschussung fallen kann, der Verein sein Zahlenmaterial offen legen müsse. Er schlägt vor, dass sich der Fachausschuss mit dieser Angelegenheit in 2011 befassen und eine Entscheidung fällen solle.
Die UWW erklärt sich mit der Vorgehensweise einverstanden und zieht den Antrag zurück.

Zum Produkt 13.01.03 „Friedhöfe“ (Zeile 6) – Kostenerstattungen - beantragen die GRÜNEN, einen Ansatz sowohl für den Pachtzins für Friedhofsgrundstücke als auch für den Ersatz aller bisher erbrachten Aufwendungen (auch aus den Vorjahren) einzubringen.

Während der Diskussion bittet AM Herr Dobersch die Verwaltung, bis zur Sitzung des Rates die Auswirkungen eines derartigen Beschlusses auf den Haushalt aufzuzeigen.

Der Antrag wird von den GRÜNEN für heute zurückgezogen; die Aussage der Verwaltung dazu solle abgewartet werden.

Die SPD beantragt, die Ansätze für das professionelle Klimaschutzkonzept (Seite 538 Ziffern 2 und 13) zu streichen.

Abstimmungsergebnis :

einstimmig

Die CDU beantragt auf Grund der verbesserten Einnahmesituation bei den Steuern, im Jahre 2011 auf die Anhebung der Grundsteuer B zu verzichten.

Die SPD trägt noch einmal die festzusetzenden Sätze für die Grundsteuer B in den Folgejahren vor :

2012	460 v. H.
2013	460 v. H.
2014	490 v. H.
2015	

FBL Herr Wagener weist darauf hin, dass sich die Erträge bei der Einkommenssteuerbeteiligung insgesamt verschlechtert haben.

Die GRÜNEN beantragen, die Hebesätze für die Grundsteuer B und für die Gewerbesteuer, die für 2014 geplant sind, bereits ab 2011 festzulegen.

AM Herr Vohrmann regt an, das voraussichtliche Aufkommen der Einkommenssteuerbeteiligung nach den Orientierungsdaten auszurichten. FBL Herr Wagener erklärt, dass die Verwaltung dieses prüfen und mitteilen werde, ob eine Anpassung vorgenommen werden kann.

Zunächst lässt BM Herr Hasenberg über den Antrag der GRÜNEN abstimmen :

Abstimmungsergebnis :

dafür	2	Stimmen
dagegen	12	Stimmen
	-	Stimmenthaltung

Anschließend wird über den Antrag der CDU abgestimmt :

Abstimmungsergebnis :

dafür	11	Stimmen
dagegen	2	Stimmen
	1	Stimmenthaltung

Die GRÜNEN beantragen zum Haushaltssicherungskonzept, dass die Maßnahmen Nr. 60, 61 und 62 gestrichen werden :

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	2	Stimmen
	dagegen	10	Stimmen
		1	Stimmenthaltung

Anmerkung :

Das AM Herr Steuer hat an der Abstimmung nicht teilgenommen.

Die GRÜNEN beantragen zum Haushaltssicherungskonzept, dass die Maßnahmen Nr. 42 und 43 „Hilfe für junge Menschen und Familien“ nicht gekürzt und aus dem Haushaltssicherungskonzept gestrichen werden.

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	2	Stimmen
	dagegen	11	Stimmen
		1	Stimmenthaltung

Zum STELLENPLAN 2011 werden keine Anträge gestellt.

Abschließend wird folgender **Beschluss** gefasst :

Es wird beschlossen, dem Rat zu empfehlen, den Entwürfen der Haushaltssatzung und des Stellenplanes 2011 unter Einbeziehung der inzwischen eingetretenen Änderungen und Ergänzungen sowie der von den Fachausschüssen und dem Hauptausschuss vorgeschlagenen Änderungen zuzustimmen.

Ferner wird beschlossen, dem Rat zu empfehlen, das Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014 (Fortschreibung) in der Fassung der Beratungsergebnisse zu beschließen.

<u>Abstimmungsergebnis :</u>	dafür	11	Stimmen
	dagegen	2	Stimmen
		1	Stimmenthaltung

- H – 9 / 9. – 09.12.2010 – (zuvor TOP 8)
Änderung der Hebesatzsatzung für die Stadt Wetter (Ruhr)
Drucksache Nr. 85 / 10

BM Herr Hasenberg teilt mit, dass auf Grund der Beschlusslage zum Haushalt 2011 (siehe TOP 8) jetzt nur noch über eine Änderung der Grundsteuer A von 220 v. H. auf 224 v.H. zu entscheiden sei.

Diese alleinige Anhebung mache jedoch nur einen Mehrbetrag von ca. 3.000 € aus. Wegen der damit verbundenen Arbeit (z.B. Bearbeitung und Versand von neuen Steuerbescheiden, Portokosten u.a.) schlägt BM Herr Hasenberg vor, auf diese Anhebung zu verzichten.

Es besteht Einvernehmen, so zu verfahren.

Eine Beschlussfassung erübrigt sich somit.

1. BM Herr Hasenberg teilt mit, dass er an der Gesellschafterversammlung der Schwelmer Wohnungsbaugesellschaft teilnehmen werde.
Auf der TO stehen u.a. der Verkauf von Immobilien in Wetter (Ruhr) an der Ahornstraße und Buchenstraße.

2. Weiter erklärt BM Herr Hasenberg, dass zum Thema „Seniorenbegegnungsstätte Karl-Siepmann-Straße“ die Befragung zwischenzeitlich abgeschlossen sei.
Während drei Gruppen Räumlichkeiten bei der Evangelischen Kirchengemeinde nutzen können, werden sich zwei weitere Gruppen zum Jahresende auflösen. Drei weitere Gruppen seien nicht versorgt.
Bei der Katholischen Kirchengemeinde und im Diakoniewerk Betreutes Leben e.V. stünden keine Gruppenräume zur Verfügung.

1. Auf Befragen des AM Herrn Uebelgünn teilt FBL Herr Sell mit, dass der Termin (23.12.2010) für die Fertigstellung der Ruhrbrücke wegen der derzeitigen Witterung nicht zu halten sei. Derzeit gehe man davon aus, dass die Übergabe der Brücke erst im März 2011 stattfinden werde.

2. Auf die Frage von AM Frau Hülshoff nach der Vergabe der Gastronomie am Seeplatz teilt FBL Herr Sell mit, dass zwar ein Angebot vorliege, die Planung jedoch noch überarbeitet werden müsse.

3. FBL Herr Sell erklärt auf die Frage von AM Herrn Strümper bezüglich der Übergabe und Umwandlung des „Ruhrgoldes“ in „Wetterstation“, dass mit der bisherigen Pächterin ein Auflösungsvertrag geschlossen sei. Mit dem neuen Pächter habe man einen neuen Vertrag geschlossen. Das vom Pächter vorgestellte neue Konzept sei auch für die Namensumwandlung mit entscheidend gewesen.